



„Wir wollen lernen!“

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ wurde gegründet, um zu verhindern, dass Kinder und Eltern zum Spielball der Parteien werden. Unsere Kinder brauchen wieder Ruhe im Schulsystem, Reformen müssen sorgfältig unter Einbeziehung der Betroffenen geplant werden, Aktionismus hat in der Schulpolitik nichts zu suchen!

Zeitplan unserer Volksinitiative:

Zeitraum	Verfahren Volksinitiative	Vorgehen GAL/CDU
März 2009		Die Schulbehörde legt Entwurf für Schulgesetzänderung zur Einführung der Primarschule bis Klasse 6 und Abschaffung des Elternwahlrechts vor
18. April 2009	Groß-Demonstration gegen die Primarschul-Pläne auf dem Gänsemarkt	
bis 26. Mai 2009		Grundschulen sollen entscheiden, ob sie sich für die jetzigen 3. Klassen schon ab 08/2009 als „Primarschulen“ organisieren wollen (obwohl es hierfür noch keine gesetzliche Grundlage im Schulgesetz gibt)
Mai 2009	Informationsveranstaltungen	Der CDU/GAL-Senat berät den Entwurf der Schulgesetzänderung und leitet ihn an die Hamburgische Bürgerschaft
Mai 2009		Die „Regionalen Schulentwicklungskonferenzen“ (RSK) sollen ihre Standortempfehlungen abgeben.
7. Juni 2009	Europawahl	

Zeitraum	Verfahren Volksinitiative	Vorgehen GAL/CDU
Juli 2009	Informationsveranstaltungen	Die Schulbehörde gibt ihre Planung der neuen Standorte für Primarschulen, Stadtteilschulen und die verbleibenden Gymnasien bekannt
27. September 2009	Bundestagswahl	
28. Oktober 2009 - 17. November 2009	Volksbegehren: Sammlung von mindestens 62.000 Unterschriften von Hamburger Wahlberechtigten. Zum Vergleich: bei der letzten Bürgerschaftswahl erhielt die CDU rd. 331.000 Stimmen, die FDP rd. 37.000; es reicht also bereits, dass nur 1/5 der CDU-Wähler sich gegen die Primarschul-Pläne aussprechen.	
November 2009		CDU- und GAL-Fraktion beschließen in der Hamburgischen Bürgerschaft die Änderung des Schulgesetzes
Dezember 2009		Die Deputation soll der von der Schulbehörde vorgelegten Planung der neuen Schulstandorte zustimmen.
Februar 2010	Anmeldefrist für die weiterführenden Schulen (Gymnasien u. Stadtteilschulen): Sicherstellung, dass die Schulbehörde wegen des noch laufenden Volksgesetzgebungsverfahrens neben der Anmeldung für Primarschulen ab Klasse 5 auch die Anmeldung bei Gymnasien und Stadtteilschulen ab Klasse 5 anbietet (ggf. verwaltungsgerechtliche Musterverfahren).	
4. Juli 2010	Volksentscheid: Abstimmung aller Hamburger Wähler über die Abschaffung des Elternwahlrechts und die Verlängerung der Grundschulzeit auf 6 Jahre. Erfolg unserer Volksinitiative, wenn sich 1/5 der Wahlberechtigten (rd. 250.000, entspricht etwa der Hälfte der Nichtwähler 2008) und die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für die Erhaltung des Elternwahlrechts und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5 aussprechen. Der Volksentscheid ist gemäß Art. 50 Absatz 4a HVerf für Senat und Bürgerschaft bindend.	Sollten CDU und GAL sich nicht an den Volksentscheid halten wollen und in der Bürgerschaft einen entsprechenden Beschluss fassen, können gemäß Art. 50 Absatz 4 HVerf binnen 3 Monaten 2,5% der Wahlberechtigten (rd. 31.000) einen weiteren Volksentscheid über den Beschluss verlangen: der Bürgerschaftsbeschluss der CDU- u. GAL-Fraktion tritt dann vor dem Volksentscheid nicht in Kraft. Der Volksentscheid hat sodann zwingende Wirkung für die Bürgerschaft.
August 2010	Beginn des Schuljahres mit Stadtteilschulen/Gymnasien ab Klasse 5	